

Hakenkreuze an der Wand

Kapp-Putsch. Vor 100 Jahren putschte die profaschistische Rechte gegen die Republik. Teil 3 (und Schluss): Der weiße Terror

Leo Schwarz

Fünf Szenen des weißen Terrors.

18. März 1920. Zwischen Dassow und Grevesmühlen, in der Nordwestecke Mecklenburgs, werden zwei Landarbeiter beim Passieren des Gutes Schmachthagen »von Militärpersonen sowie auf dem Gute zusammengekommenen Gutsbesitzern, Inspektoren und Pastoren« festgesetzt. Die Herren sind wütend; am Vortag hat die Putschregierung Kapp, die sie nach Kräften unterstützt haben, abgedankt. Die zwei kriegsbeschädigten Arbeiter, auf dem Heimweg von der Fürsorgestelle, müssen nun dafür büßen. Sie werden in einen Keller gesperrt. Aus Angst um ihr Leben unternehmen sie am nächsten Morgen einen Fluchtversuch. Ein Gutsbesitzersohn schießt einen der beiden nieder. Der Mann erliegt seinen Verletzungen. Der andere wird mit Gewehrkolben schwer misshandelt und dabei als »Schweinehund, Sauhund, Kommunist, Spartakist« beschimpft. Er überlebt mit knapper Not.

Am 24. März nähert sich ein Bataillon der Reichswehr der kleinen Industriestadt Sömmerda nordöstlich von Erfurt. Hier haben die Arbeiter, wie in vielen anderen Orten Thüringens, fast geschlossen gegen den rechten Putsch gestreikt; einige haben sich bewaffnet. Der Vorsitzende der Ortsgruppe der USPD, der Tierarzt Kurt Neubert, geht der Reichswehr im Auftrag der Streikleitung als Parlamentär entgegen, um über eine geordnete Übergabe der Stadt zu verhandeln. Er wird sofort festgesetzt. Die Truppe zieht, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel des Besitzbürgertums in die Stadt ein. Was danach geschieht, hat ein Bericht an die USPD-Fraktion in der Nationalversammlung festgehalten: »Genosse Neubert wurde, von den Reichwehrtruppen und dem bürgerlichen Pöbel auf das schrecklichste und grausamste misshandelt, mit hochgehobenen Händen nach dem Marktplatz getrieben. Dort musste er den Hut abnehmen und die bürgerliche Meute und Mörderbande begrüßen, welche ihn mit dem höhnischen Gebrüll ›Hurra, jetzt haben wir den Richtigen, Karl Liebknecht den Zweiten, schlägt ihn tot, den Lump« empfing.« Ein vom Bürgermeister eingesetztes »Volksgeschicht« verurteilt Neubert zum Tode. Er wird unter ständigen Schlägen aus der Stadt getrieben und schließlich erschossen.

Am frühen Morgen des 25. März ist ein aus der Marburger Studentenschaft rekrutiertes Zeitfreiwilligen-Bataillon von Westen her auf der Landstraße Richtung Gotha unterwegs. Die durchweg nationalistischen und antirepublikanischen Studenten hat die »demokratische« Reichsregierung aufgegeben, um in Thüringen die »Ordnung« wiederherzustellen. Am Vortag haben sie in dem kleinen Ort Thal südöstlich von Eisenach 15 Arbeiter, die von Bauern als »Spartakisten« denunziert worden waren, festgenommen. Die marschieren nun am Ende des Zuges, »die Hände dauernd über dem Kopfe zusammengehalten«, wie ein Zeuge später aussagte. Die Männer hatten in den Tagen des Putsches einer kleinen und unterdessen wieder aufgelösten Arbeiterwehr angehört; Mitglieder der USPD, der KPD, aber auch der sozialliberalen DDP sind darunter. Auf der Höhe des Ortes Mecherstädt, dichter Nebel liegt über den Feldern, wird ein Gefangener nach dem anderen von den Studenten erschossen und anschließend mit Bajonetten »bearbeitet«. »Unsere Anatomie braucht Leichen«, sagt einer der Schützen einem Zeitfreiwilligen, der herbeigeeilt war, um sich nach den Gründen für die Schießerei zu erkundigen. Ein Arbeiter, der die Leichen gesehen hat, schreibt in einem Brief: »Sie liegen so da, wie sie von ihren Arbeiten im Hof, Garten usw. weg verhaftet worden sind, in Strümpfen und Holzpantinen in den einfachen Holzsärgen, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Alle sind mit Explosivgeschossen niedergemacht, alle buchstäblich zerschmettert.«

Am Mittag des 1. April ziehen sich die Arbeiterwehren, die hier eine »Rote Armee« gebildet haben, aus der Ruhrgebietsstadt Recklinghausen zurück. Angehörige der bürgerlichen Einwohnerwehr, die in den Tagen der »roten Herrschaft« abgetaucht waren, suchen nach dem Einmarsch der Regierungstruppen in den Straßen nach bekannten Mitgliedern der Arbeiterparteien, um mit ihnen »abzurechnen«. Der Vorsitzende der Recklinghäuser KPD – überliefert ist nur sein Nachname: Marcuse – fällt ihnen in die Hände. Ein Kaufmann und ein Offizier misshandeln ihn und schneiden ihm schließlich die Kehle durch. Soldaten verscharren den Leichnam »in einem schnell geschaukelten Loch beim Rathaus«. Zur gleichen Zeit werden sieben Recklinghäuser Arbeiter gezwungen, auf dem Friedhof unter dem Gesang von »Üb immer Treu und Redlichkeit« ihr eigenes Grab zu schaufeln. Dann werden sie erschossen.

In Pelkum bei Hamm werden ebenfalls am 1. April etwa 300 Angehörige der Roten Armee von der aus Bayern herangeführten Schützenbrigade 21 – bei dieser handelt es sich um das ehemalige, im Vorjahr an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik beteiligte Freikorps Epp – eingeschlossen. Bis heute ist nicht völlig geklärt, was dann passiert. Die Brigade gibt ihre eigenen Verluste nach dem »Gefecht« mit zwei Mann an, die »feindlichen Toten« aber schätzt sie im Kriegstagebuch »auf 300«. Ein großer Teil der Rotarmisten wurde offensichtlich nach der Waffenstreckung auf dem Pelkumer Friedhof massakriert. Ein Angehöriger der Brigade schreibt am 2. April in einem Brief: »Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich.«

Vergessene Bürgerkriege

Bis auf den Fall Mechterstädt sind die hier exemplarisch genannten Morde und Massaker heute vergessen; ausnahmslos alle sind ungesühnt geblieben. Die Zerschlagung der Massenbewegung gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch, zu der diese und viele ähnliche Szenen gehören, war mit weitaus heftigeren Kämpfen verbunden und forderte deutlich mehr Opfer als der Putsch selbst. In den Tagen und Wochen nach dem 17. März wurden zahlreiche lokale und regionale Bürgerkriege geführt, um die erneute politische Mobilisierung der Arbeiterklasse, die der eilig liquidierte Putsch bewirkt hatte, abzubiegen und unter Kontrolle zu bringen.

Vorbereitet wurden diese Bürgerkriege von einem eingespielten, in den Auseinandersetzungen des Jahres 1919 geschulten Propagandaapparat. Über Nacht wurden in der regierungsamtlichen Propaganda aus den Arbeitern, die gegen Kapp gestreikt hatten, »Spartakisten«, »Aufständische«, eine »Minderheit«, die mit »Gewalt« die »Räterepublik« erzwingen wollte. Am 18. März verbreitete die damals größte deutsche Nachrichtenagentur, das eng an amtliche Stellen angebundene Wolffsche Telegraphische Bureau, eine der für die Konstruktion dieses Narrativs wichtigen Meldungen, die am nächsten Tag auch in der Presse der SPD ohne jede Relativierung abgedruckt wurde. Darin war die Rede davon, dass von Halle aus Stoßtrupps der Reichswehr mit Panzer- und Lastkraftwagen nach Eisleben entsandt worden seien, »wo sich rote Banden gebildet hatten«. Bei Schkeuditz, hieß es weiter, würden von Merseburg aus vorgerückte Truppen »mit Aufrührern« kämpfen; auch im benachbarten Braunkohlengebiet hätten sich »bewaffnete Banden« gebildet. In ähnlicher Weise wurde über die anderen Städte und Regionen berichtet, in denen der Generalstreik nach dem 17. März nicht sofort abgebrochen worden war.

Keine »Märzrevolution«

Kämpften im März 1920 Arbeiter für die »Räterepublik«? Diese radikale Strömung gab es ohne Zweifel. Dennoch geht die Vorstellung von einer »Märzrevolution«, die in den 1970er Jahren im Gefolge der Arbeiten von Erhard Lucas über den »bewaffneten Arbeiteraufstand« im Ruhrgebiet aufkam und bis heute lebendig ist, an dem aus den Quellen rekonstruierbaren politischen Inhalt der Massenbewegung in den Märzwochen vorbei. Die Mehrheit der Arbeiter, die versuchte, den Generalstreik fortzusetzen und sich dort, wo sie sich Waffen hatte beschaffen können, weigerte, diese wieder aus der Hand zu geben, vertrat unter dem Strich eine im Kern defensive Linie, die etwa in dem am 20. März 1920 verbreiteten Aufruf des Soldatenrats der auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf bei Gotha in Aufstellung begriffenen »Volkswehrmee« recht gut zusammengefasst ist: »Kapp, Lüttwitz und Noske sind zwar zurückgetreten, aber das System Noske-Lüttwitz besteht weiter. Jetzt muss weitergekämpft werden, bis die Reichswehr, Einwohnerwehr, Zeitfreiwilligen und grünen Sicherheitspolizisten entwaffnet sind und die werktätige Bevölkerung bewaffnet ist. Dieser Kampf muss durchgekämpft werden, wenn die werktätige Bevölkerung nicht wieder von dem Bürgertum durch die weißen Gardien brutal ausgebeutet und blutig unterdrückt werden will.«

Der klar identifizierte Gegner dieser Arbeiter war der 1919 geschaffene übermächtige Gewaltapparat der bürgerlichen Gegenrevolution, gegen dessen Anschläge man sich nun endgültig sichern wollte. Zu der fast flächendeckend erhobenen Forderung nach der Auflösung und Entwaffnung der Reichswehr, der Sicherheitspolizei, der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligen-Verbände traten fast ebenso häufig die nach der Abschaffung des verhassten Betriebsrätegesetzes, der Aufhebung des Ausnahmezustandes, der Freilassung der politischen Gefangenen und der Schaffung bewaffneter Arbeiterwehren.

Das war viel und tatsächlich nur durch Kampf zu erreichen. Aber es war keine »Revolution« – auch wenn dieser Kampf durchaus bewusst als Vorstufe oder Voraussetzung eines Kampfes um den Sozialismus begriffen wurde. Wer diese Begriffe verwischt, reproduziert unfreiwillig eine auf den Kopf gestellte Variante der bürgerlichen und rechtssozialdemokratischen Propaganda, von der unermüdlich gegen den angeblichen »spartakistischen Putsch« bzw. den »kommunistischen Aufstand« getrommelt wurde. Vielen Arbeitern war die Verlogenheit dieses Manövers, das im März 1920 ja nicht zum ersten Mal angewandt wurde, klar. In einer Versammlung im Volkshaus Jena am 20. März etwa wies ein Redner darauf hin, dass die alte Regierung, die »kaum erst ihre Nase wieder aus

dem Mauseloch zu stecken wagt«, ganz offensichtlich dabei sei, sich mit den Putschisten zu arrangieren: »Die Massen versucht man, durch einen neuen Spartakusschrecken von diesem schmählichen Verrat abzulenken.«

Aufmarsch gegen das Ruhrgebiet

Mit der Parole »Gegen Spartakus« ging die Regierung in den Hochburgen des Generalstreiks seit dem 18. März gegen die Arbeiter vor – vor allem in Sachsen und Thüringen und schließlich im Ruhrrevier. Einen »Spartakusschrecken« gab es auch hier nicht. Die in Köln erscheinende Rheinische Zeitung, ein SPD-Blatt, stellte am 22. März fest: »Es ist unrichtig, dass im Industriegebiet die Rätediktatur ausgerufen ist oder ausgerufen werden soll. Die bürgerlichen Behörden und Beamten sind so gut wie überall im Dienst und arbeiten ungehindert.« Die Aktionsausschüsse und Vollzugsräte, die sich hier gebildet hatten, taten das, was die große Mehrheit der Arbeiterräte schon 1918/19 getan hatte: Sie »überwachten« die alte Verwaltung, die einfach weiterarbeitete. Im größten deutschen Industriegebiet hatten sich allerdings – und darauf zielte die Lüge von der Rätediktatur – seit dem 13. März zwischen 50.000 und 100.000 Arbeiter bewaffnet und in Arbeiterwehren organisiert. Sie hatten das Ruhrgebiet bis zum 20./21. März von Reichswehrverbänden, den Freikorps, der Sicherheitspolizei und den Einwohnerwehren gesäubert, im Norden die Lippe erreicht und zum Teil überschritten. Vor Wesel fanden heftige Kämpfe statt. Am 23. März stieß eine Abteilung bis in die Nähe von Münster vor, wo das Wehrkreiskommando VI des Generals Oskar von Watter seinen Sitz hatte.

Bei einer Beratung der preußischen und der Reichsregierung am 21. März vertrat der seit 1919 als Regierungs- und Staatskommissar für das rheinisch-westfälische Gebiet amtierende Sozialdemokrat Carl Severing die Ansicht, dass »militärisch der Aufruhr nicht niederzuwerfen« sei. Zunächst gehe es deshalb darum, die Arbeiter »durch Aufklärung auseinanderzubringen: Zeitungen, Flugblätter müssen hier wirken«. Außerdem werde binnen kurzer Zeit die Lebensmittelversorgung »den kommunistischen Machthabern« unüberwindliche Schwierigkeiten bereiten. Offen empfahl er die Aushungerung der Bevölkerung des Industriegebietes. Versuche von dort, Lebensmittellieferungen aus den Niederlanden zu organisieren, wurden in der Folge von Berlin unterbunden. Noch am 27. März hieß es in der Kabinettsitzung, dass die Lieferung von Lebensmitteln »natürlich erst erfolgen« könne, »wenn die Rote Armee die Waffen gestreckt hat«. Am 21. März verständigte man sich darauf, Truppen »in größerer Stärke« am Rande des Industriegebiets zu versammeln, aber vorläufig nicht anzugreifen. Der unterdessen zum Oberkommandierenden der Reichswehr berufene General Hans von Seeckt bereitete den Vorstoß in den folgenden Tagen mit großer Energie vor. Bayerische und württembergische Truppen wurden herangezogen; aus Schlesien rückten die Marinebrigade Loewenfeld und die Freikorps Aulock, Kühme und Faupel an – durchweg Verbände, die gerade noch geputscht hatten. Das Freikorps Roßbach, das den Kapp-Lüttwitz-Putsch in Mecklenburg mitgemacht hatte, durfte sich ebenfalls »bewähren«. Seeckt wagte es schließlich sogar, die Brigade Ehrhardt nach Westen in Marsch zu setzen.

Arbeitereinheit gesprengt

Die politische Seite der Vorbereitung übernahm die Regierung Bauer. Am 22. März begann sie damit, die Arbeiter »auseinanderzubringen«. Die beiden am stärksten diskreditierten rechten Sozialdemokraten, Reichswehrminister Gustav Noske und der preußische Innenminister Wolfgang Heine, mussten – gegen den hartnäckigen Widerstand von Reichspräsident Friedrich Ebert – gehen. Die Regierung sicherte zu, die Tätigkeit der Standgerichte zunächst in Berlin einzustellen und keine Truppen gegen die Arbeiter insbesondere im Ruhrgebiet einzusetzen. Daraufhin stimmte am 22. März auch die Mehrheit der USPD-Führung gegen den Widerstand der Vertreter des linken Parteiflügels dem Abbruch des Generalstreiks zu.

Am 23. März trat in Bielefeld eine Konferenz zusammen, zu der Severing hohe Beamte, Bürgermeister und Vertreter der Arbeiterparteien – auch der KPD – aus dem Ruhrgebiet eingeladen hatte. Hier wurde ein Waffenstillstand verabredet, der die Rote Armee, deren Vertreter nicht zugelassen worden waren, dazu verpflichtete, sich auf Stellungen südlich der Lippe zurückzuziehen. Im »Bielefelder Abkommen« vom 24. März machte Severing eine Reihe von allgemeinen Zugeständnissen, die an das Neunpunkteprogramm des ADGB vom 18. März angelehnt waren. Außerdem wurde zugesichert, dass der verschärfte Ausnahmezustand aufgehoben werden würde, wenn die Arbeiter, die zudem dazu verpflichtet wurden, ihre Waffen abzugeben, so sie nicht einer lokalen Ortswehr, die aus organisierten Arbeitern gebildet werden sollte, angehörten, den Streik beendeten. Bei »loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen« sollte »ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen«; alle Arbeiter, die an den Kämpfen seit dem 13. März teilgenommen hatten, sollten deswegen nicht belangt werden können.

Das Bielefelder Abkommen habe in der Roten Armee »wie Sprengpulver« gewirkt, brüstete sich Severing später. Und das war nicht falsch. Die militärische Oberleitung der Roten Armee in Mülheim lehnte das Abkommen strikt ab und erklärte, lieber »untergehen« zu wollen, als den Kampf einzustellen. Dagegen ließ die von rechten USPD-

Politikern dominierte politische Zentrale in Hagen, die auch für den östlichen Frontabschnitt verantwortlich war, Siegesglocken läuten und feierte die Abmachungen von Bielefeld als »vollständige Niederlage der Reaktion«. Mit kaum glaublicher Naivität ordnete sie sogar die Abrüstung der Arbeiterwehren im östlichen Teil des Ruhrgebiets bzw. deren Rückzug von der Front an. Jetzt erst wurde von den Vollzugsräten der Versuch gemacht, eine zentrale Leitung zu etablieren. Am 25. März wählten 200 Delegierte aus 70 Gemeinden des Industriegebietes in Essen einen Zentralrat, dem zehn USPD-, sieben KPD- und ein SPD-Vertreter angehörten. Der Zentralrat wandte sich sowohl gegen die »Abenteurerpolitik« der Mülheimer als auch gegen den Kapitulationskurs der Hagener Richtung und suchte vor allen Dingen, die militärische Leitung der politischen zu unterstellen.

Geplantes Blutbad

In diesen Streit hinein platzte am 28. März – am Vortag hatte Hermann Müller, einer der beiden Vorsitzenden der SPD, Gustav Bauer als Reichskanzler abgelöst – ein Ultimatum der Reichsregierung. Bis zum 30. März seien die Rote Armee aufzulösen und die »staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane« wieder einzusetzen. Auf diese Provokation, die Watter noch mit der Forderung zuspitzte, einen bedeutenden Teil der Waffen bis zum 31. März bei den Polizeiverwaltungen abzuliefern, reagierte der Zentralrat am 29. März mit einem weiteren Aufruf zum Generalstreik, erkannte aber am 1. April die Abmachungen von Bielefeld noch einmal ausdrücklich an und sagte die Auflösung der Roten Armee bis zum Mittag des 2. April zu. Severing und Watter hätten nun einfach abwarten können. Beide hielten aber die militärische Niederwerfung der Ruhrarbeiter nicht zuletzt als »Demonstration« für unverzichtbar. Reichskanzler Müller billigte das am 1. April im Kabinett mit der Feststellung, dass man im Ruhrrevier »ohne Anwendung von Waffengewalt« nicht auskommen werde.

Am 1. und 2. April zogen sich die Formationen der Roten Armee wie angekündigt aus ihren Stellungen zurück. Die Reichswehr und die Freikorps folgten ihnen auf dem Fuße und griffen sie rücksichtslos an. Severing rechtfertigte das in einer Proklamation »an die Bevölkerung des Industriegebiets« mit der Lüge, in den Städten an der Ruhr nähmen »Raub und Plünderungen« überhand; die Auflösung der Roten Armee sei nicht erfolgt. Vielfach wurden deren Rückzugsstraßen mit Sperrfeuer belegt, um die Arbeitermilizen zu zwingen, sich den drückend überlegenen Regierungstruppen zu stellen. Den Resten der Roten Armee fehlte nun jegliche Koordination. Nur vereinzelt konnten sich die Arbeiterwehren noch einmal zu organisierter Gegenwehr sammeln, etwa in Bottrop, das gegen die Marinebrigade Loewenfeld bis zum 4. April hartnäckig verteidigt wurde. Bis zum 7. April fielen Mülheim, Dortmund und Essen.

Ein Blutbad kündigte sich an. Das Ziel von Severing und Watter war offensichtlich, die Arbeiterbewegung an der Ruhr für lange Zeit zu zerschlagen. Um das zu verhindern, rief der Zentralrat nicht zum Widerstand auf, sondern wies die Aktionsausschüsse und Vollzugsräte an, die Rotarmisten nach Solingen, das von britischen Truppen besetzt war, zu beordern. Der Zentralrat bekämpfte auch entschlossen die hier und da aufkommenden Sabotageelosungen, etwa die insbesondere von Anarchosyndikalisten verbreitete Parole, vor dem Einmarsch der Regierungstruppen die Bergwerke zu sprengen.

Vielleicht hat diese Besonnenheit wirklich das Schlimmste verhindert. Das geplante Massaker fand dennoch statt. Erschießungen erfolgten völlig willkürlich oder nach Urteilen durch groteske »Standgerichte«. Selbst Sanitäterinnen der Roten Armee wurden erschossen und davor häufig vergewaltigt. Auch Funktionäre der SPD waren ihres Lebens nicht mehr sicher. In Werne wurde im Rausch des Ausnahmezustands sogar der Vorsitzende der örtlichen DDP exekutiert. Im Sennelager bei Paderborn, wo etwa 1.200 Arbeiter festgehalten wurden, wurde vorübergehend eine Art Konzentrationslager betrieben. Die Toten an der Ruhr sind nie genau gezählt worden. Mindestens 2.500 sind es gewesen. In jedem Fall war die Niederwerfung der Massenbewegung im Ruhrgebiet eine schwere Niederlage für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Mit ihr endete die revolutionäre Krise, die im Herbst 1918 begonnen hatte.

»Ordnung« hergestellt

Nun herrschte wieder »Ordnung« in Deutschland. Einem im Nachlass von Severing überlieferten Bericht eines unbekanntem Verfassers über die Zustände in Dortmund ist zu entnehmen, wer die Träger dieser Ordnung waren. Sofort nach dem Einmarsch in die Stadt, heißt es darin, habe eine »heftige antisemitische Agitation« eingesetzt: »Die Wände der Häuser bedeckten sich mit Hakenkreuzen, was vorher hier ganz unbekannt war.« Ganz offen bekannten sich die Offiziere »als Monarchisten und Gegner der Verfassung« und prahlten bereits »mit einem nächsten, aber erfolgreicherem Putsch«. Zu Pfingsten wurden auf dem Ostfriedhof »die jüdischen Grabsteine massenhaft mit Rotstift durch Hakenkreuze besudelt«.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Niederschlagung der Gegenbewegung, die er hervorgerufen hatte, waren, das zeigt sich nicht nur hier, ein Menetekel. Im März und April 1920 wurde in Deutschland erstmals – gedeckt von

einer »demokratischen« Regierung – eine im Kern faschistische Massengewalt gegen die Arbeiterbewegung und die radikale Linke gerichtet, für die der Antisemitismus die ideologischen Korsettstangen lieferte.

Die für die Rechte wesentliche Schlussfolgerung aus dem Generalstreik und dem dadurch erzwungenen Abbruch des faschistischen Vorstoßes war die Wiederaufnahme der Idee, diese Gewalt durch einen politisch-ideologischen Einbruch in die Arbeiterklasse abzustützen. Im September 1920 erhielt Kapp in Schweden einen Brief aus München. Geschrieben hatte ihn jener Hauptmann Karl Mayr, der Adolf Hitler 1919 »entdeckt« und ihn in den Putschtagen zusammen mit dem antisemitischen Schriftsteller Dietrich Eckart in einem Flugzeug nach Berlin geschickt hatte. Nun schrieb Mayr: »Die nationale Arbeiterpartei muss die Basis geben für den starken Stoßtrupp, den wir erhoffen. Das Programm ist gewiss noch etwas unbeholfen und vielleicht auch lückenhaft. Wir werden es ergänzen.« Beigelegt hatte Mayr einen Auszug aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP, der sich im Nachlass Kapps erhalten hat. Ein Zufall war das nicht. 1920 scheiterte in Deutschland der erste Vorstoß der faschistischen Reaktion. Aber sie hat aus den dabei gemachten Erfahrungen gelernt.

Teil 1 erschien am 13. März, Teil 2 am 18. März.

<https://www.jungewelt.de/artikel/375283.gegenrevolution-hakenkreuze-an-der-wand.html>